

Unsicherheit als Lebensprinzip

In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen in befristeten und ungeschützten Jobs

Dortmund (epd). Flexibilisierte und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Vor diesem Hintergrund warnen Fachleute nicht mehr vor dem »Ende der Arbeit«, sondern vor der »Prekarisierung der Arbeit«. Beim Kongress »Die Kosten rebellieren«, der Ende Juni in Dortmund stattfand, hinterfragten rund 200 Teilnehmer auch gewerkschaftliche Beschäftigungsstrategien, die bislang allein auf geregelte Voll- und Teilzeitarbeit ausgerichtet sind.

»Ich habe keinen speziellen Berufswunsch mehr. Es ist sinnvoller, das zu machen, was gerade möglich ist«, sagt Beate Flechtker. Die 36-Jährige ist Diplom-Geografin – aber was heißt das schon? Genauso gut könnte sie sich als Deutschlehrerin, Medienpädagogin, Putzfrau, Buchautorin und Kulturmanagerin bezeichnen. Das ist nur eine kleine Auswahl der Tätigkeiten, mit der die Akademikerin ihren Lebensunterhalt verdient.

Flechtker arbeitet in Beschäftigungsformen, die als prekär, atypisch und unsicher bezeichnet werden (siehe Kasten). Acht Euro die Stunde verdient sie beim gelegentlichen Stühle-Tragen beim Messeaufbau. Hier hält sie mal einen Vortrag für 150 Euro, dort gibt sie in Bildungszentren Medienseminare, mit denen sie pro Tag 300 Euro verdient – nicht eingerechnet die Vorbereitungszeit.

Ihre monatlichen Einnahmen schwanken derzeit zwischen 700 und 1.500 Euro. 270 Euro zahlt sie für Miete, 177 Euro für die Kranken- und Pflegeversicherung. Weitere Absicherungen besitzt sie nicht: keine Haftpflicht, keine Altersvorsorge. »Spannend wird es, wenn das Fahrrad kracht und der Kühlschrank platzt«, sagt die Single-Frau. Arm fühlt sich die Akademikerin trotz des knappen Geldes nicht – ein Auto, neue Möbel, teure Kleidung, all das bräuchte sie

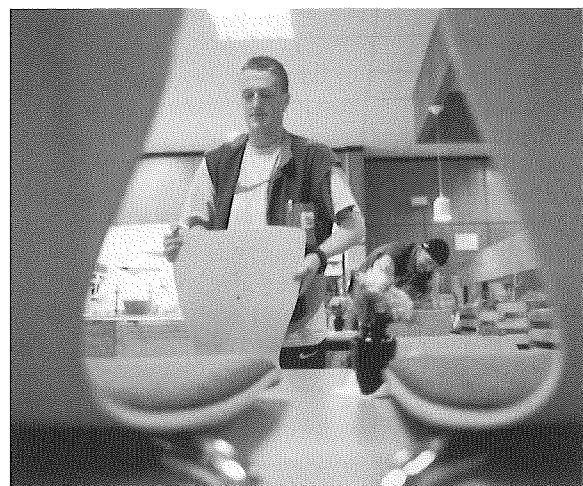


Foto: epd-bild

Gerade im Reinigungsgewerbe gibt es viele Jobs, die unsicher und schlecht bezahlt sind.

nicht. »Ich finde, ich bin in einer sehr luxuriösen Situation, natürlich nicht materiell, aber ich kann sagen, dass mir meine Arbeit Spaß macht«.

Auf dem Kongress »Die Kosten rebellieren« in Dortmund wurde klar: Prekarisierung ist ein schillernder Begriff. Vor »Vereinheitlichungsfloskeln« warnte Hagen Kopp von der Initiative »kein mensch ist illegal«, neben der Gewerkschaft ver.di und dem Internetmagazin »LabourNet Germany« Mitveranstalter der Tagung. Kopp: »Es wäre falsch zu glauben, Prekarisierung betreffe uns alle. Die Bedingungen und Erfahrungen der Einzelnen sind sehr heterogen«. Es gebe sowohl unsichere Jobs, die hochbezahlt seien, als auch Festangestellte, deren Tariflohn so niedrig ist, dass er kaum zum Leben reicht. Manche arbeiteten gerne frei oder betrachteten die unsichere Arbeit als Zwischenspiel oder Aufstiegsweg. Andere ➤

Seit zehn Jahren nehmen Leiharbeit, freie Mitarbeit und befristete Jobs zu

Nach einer Erhebung im Jahre 1999 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der einstigen Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA) haben unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen. Dazu zählen Leiharbeit, befristete Verträge, geringfügige Beschäftigung und freie Mitarbeit.

Der Untersuchung zufolge arbeitet jeder Zehnte in den alten und jeder Sechste in den neuen Bundesländern in unsicheren Erwerbsformen: In erster Linie sind es Erwerbstätige ohne Ausbildungsabschluss und – qualifikationsübergreifend – Frauen sowie Beschäftigte unter 35 Jahre. Für Hochschulabsolventen lässt sich keine privilegierte Stellung diagnostizieren: Sie sind zwar vergleichsweise selten arbeitslos, ihr Anteil an prekärer Beschäftigung

liegt aber mit zehn Prozent fast im Durchschnitt. Der Sozialwissenschaftlerin Nicole Mayer-Ahuja, Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) zufolge lässt sich von prekärer Beschäftigung sprechen, wenn die materiellen, rechtlichen und betrieblichen Integrationsstandards unterschritten werden, die in Westdeutschland durch das männlich dominierte Normalarbeitsverhältnis gesetzt wurden.

Der französische Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu bezeichnete Prekarisierung als »Teil einer neuartigen Herrschaftsnorm, die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmenden zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen«.

asw

➤ hingegen, vor allem Migranten ohne Papiere, seien gezwungen, äußerst prekäre Jobs anzunehmen, erläuterte Kopp.

Für Klaus Krämer, Mitarbeiter am Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation (FIAB) an der Ruhr-Universität Bochum, spielt die subjektive Einschätzung eine wesentliche Rolle, ob eine Arbeit als prekär empfunden wird. »Nicht jede Frau, die Teilzeit beschäftigt ist, würde ihre Tätigkeit als prekär bezeichnen«, so der Soziologe. Prekarisierung liegt für ihn außerdem nicht nur in den messbaren unsicheren Zonen des Arbeitsmarktes vor, sondern auch in den vermeintlich sicheren. »Prekarisierungsgänge greifen um sich. Zwischen 70 und 80 Prozent der Erwerbstätigen in der freien Wirtschaft haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Das ist eine erschreckende Zahl«, urteilte Krämer.

Gewerkschaften richten ihr Augenmerk oft nur auf regulär Beschäftigte in Großfirmen

Hajo Dröll, Leiter des GEW-Büros für Weiterbildung Rhein-Main in Frankfurt am Main, kritisierte: »Den freien, prekär Beschäftigten werden lang erkämpfte Rechte die ihnen ermöglichten, ihre eigenen Interessen zu vertreten, etwa das Streikrecht«. Er räumte ein, dass sich die Gewerkschaften schwer tun, mit der veränderten Lage umzugehen. Sie richteten ihr Augenmerk auf die Kernbelegschaften in Großbetrieben und scheuten den erhöhten Beratungsbedarf und die juristischen Auseinandersetzungen im Bereich prekärer Erwerbsarbeit. Zudem ließen niedrige Löhne keine hohen Mitgliedsbeiträge erwarten.

Doch es gibt Lichtblicke: So hat ver.di schon vor geraumer Zeit die Mediafon-Beratung für freie Journalisten, Fotografen und Künstler eingerichtet. Auch erstirbt die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) für 18 Leiharbeiter aus Rumänien, die bis zu 17 Stunden am Tag in norddeutschen Großschlachtereien gearbeitet hatten, eine Lohnnachzahlung von insgesamt 850.000 Euro. Den ausbeuterischen Geschäftspraktiken in den Schlachtbetrieben will die Bundesregierung offenbar einen Riegel vorschieben – allerdings nicht, indem sie gegen die Arbeitgeber vorgeht. Wie die Frankfurter Rundschau berichtet, habe sich der Bund mit Rumänien und Bulgarien geeinigt, ab Oktober dieses Jahres keine Werkarbeitsverträge in der Fleischindustrie mehr zuzulassen.

Ein anders Beispiel, sich den Belangen unregelmäßig Beschäftigter anzunehmen, ist die Zeitung »Prekär« der GEW Hessen. Sie soll Dozenten an Sprachinstituten, Volkshochschulen und anderen Weiterbildungs-trägern ansprechen. Nach einer Schätzung von ver.di sind auf diesem Sektor rund 100.000 Menschen festangestellt, dazu kommt knapp eine Million an Honorarkräften. Der Erfolg war groß, die Auflage schnellte im Jahr 2002 von 4.000 auf 16.500 Stück. »Doch die Zeitung war nicht wohlgefallen, es gab wenig Geld«, berichtet Dröll. Schnell seien Querelen zwischen der Redaktion, der GEW und ver.di entstanden. Streitpunkt war laut Dröll unter anderem, welche der beiden Gewerkschaften nun für die Honorkräfte in der

Weiterbildung zuständig sei. Mittlerweile führe eine neue Redaktion die Zeitung weiter und habe deren inhaltliche Ausrichtung verändert, so Dröll: »Von einer parteiischen Zeitung hin zu einem Blatt, das die Umwandlung der Weiterbildung in ein neoliberales Bildungslabor nicht kritisiert, sondern begleitet.«

Die rund 200 Konferenz-Teilnehmer in Dortmund sprachen sich für neue Formen der Gegenwehr gegen Prekarisierung aus. Vorbilder suchten sie auch im Ausland, etwa in Frankreich, wo 37 Frauen aus Westafrika eine Putzfirma über ein Jahr lang bestreikten, weil sie die Zimmer von Luxus-hotels unter rigiden Bedingungen reinigen mussten. Die Gewerkschaft SUD zahlte zwar Streikgeld, aber es gab auch Spendensammlungen während der Protestaktionen vor den Hotels.

»In Deutschland hat sich leider eine Frustration breit gemacht, nach dem Motto 'Ich habe keine andere Wahl und muss froh sein, überhaupt eine Arbeit zu haben', sagt Mag Wompel. Die Redakteurin von »LabourNet Germany« stellt fest, dass viele an die Arbeitsbedingungen kaum Ansprüche stellten. Dabei hatte auch in Deutschland Widerstand vereinzelt Erfolg: In Berlin erreichten rund 50 Bauarbeiter aus afrikanischen und osteuropäischen Ländern, denen die Sub-Unternehmer nie Lohn ausgezahlt hatten, gemeinsam mit der »Flüchtlingsinitiative Brandenburg« und der antirassistischen Gruppe »Elexir-A« in einem ersten Schritt, dass 13.500 Euro an 19 Arbeiter ausgezahlt wurden. Ihre Methode: Beständiger Druck, Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit und schließlich die Drohung, vor das Arbeitsgericht zu ziehen.

Krämer: »Erwerbsarbeit ist in aller Regel die Basis der Lebensplanung«

Für Klaus Krämer von der Uni Bochum ist die längerfristige Planungsunsicherheit für eigene Lebensentwürfe ein wesentliches Kennzeichen der Prekarisierung. »Erwerbsarbeit ist in aller Regel die Basis der Lebensplanung, seien es Kinder oder der Wohnort. Aber der stete Wechsel erschwert die private Organisation des Alltags erheblich«, so Krämer, der die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse für alle Berufsgruppen erwartet.

Zwei Wochen vor Semesterbeginn erfährt Beate Flechtker die Personalplanung der Universität für Deutschkurse. »Dann weiß ich, ob ich in den nächsten drei Monaten wieder eine Grundfinanzierung habe«, sagt sie. Vier Stunden die Woche unterrichtet sie ausländische Studierende und verdient damit im Vierteljahr rund 2.000 Euro brutto. »Ich plane nicht länger als drei Monate im voraus – es könnte ja ein Auftrag kommen. Fällt was aus, habe ich einen freien Tag, kommt was rein, muss ich eben arbeiten. Ich traue mich deshalb kaum, Urlaub zu nehmen.« Zwar habe sie keine Zukunftsängste. Aber, so Flechtker: »Das Leben ist sehr ungewiss geworden.«

Anke Schwarzer ■

Weitere Informationen:

● www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/kongress.html